

2010/J XX.GP

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Mag. Guggenberger, Mag. Wurm und Genossen an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend Arbeitslosengeld für Angehörige und Partner(innen) von Unternehmern

Im Bezirk Kitzbühel tobt seit einiger Zeit ein medialer Krieg weil es der Bezirkssekretär des ÖGB Kurt Mayerhofer gewagt hat, bei der Bezirkskonferenz des Gewerkschaftsbundes auf "Sozialmißbrauch, begangen von Unternehmern", hinzuweisen.

Bereits einer Pressemeldung (Tiroler Tageszeitung vom 21.12.1995) aus dem Jahr 1995 ist zu entnehmen, daß ein Viertel der Arbeitslosengelder des Bezirkes Kitzbühel an Gattinnen und Kinder von meist touristischen Unternehmen ausbezahlt werden. Während sich die Sektion Tourismus der Wirtschaftskammer erwartungsgemäß gleichermaßen unwissend wie empört zeigte, kritisierte selbst eine "TOP Hotelierstfau aus Erpfendorf", (lt. TT) schwarze Schafe unter den Branchenkollegen, durch welche auch sehr viele ihrer Kolleginnen in Verruf kämen. "die sich nicht am Sozialstaat bedienen würden". Diese Frau ist kein Einzelfall sondern entspricht in ihrer Ansicht dem, was viele Tourismusunternehmer denken.

ÖGB Landessekretär Alfons Kaufmann erklärte im selben Artikel, worin dieser Mißbrauch in den meisten Fällen besteht: Wenn Hotels offenhalten, der Arbeitslosengeldbezug von Familienangehörigen aber weiterläuft. Dazu komme die fehlende Vermittlungsfähigkeit. 'Die Wirtin vom Bären wird man kaum zum Löwen schicken können.'

Wie von einer Pseudoarbeiterpartei nicht anders zu erwarten, kamen die heftigsten Proteste und die lautesten Verteidiger dieser Hoteliersprivilegien von den Vertretern der Freiheitlichen Partei. Selbst der FPÖ Klubobmann im Tiroler Landtag fühlte sich herausgefordert, die Aussagen des ÖGB Bezirkssekretärs als "Gipfel der Frechheit" zu bezeichnen.

Besonders perfide ist bei den diversen Verteidigungsversuchen der Umstand, daß man einerseits auf die Amtsverschwiegenheit des AMS Regionalbeiratsmitgliedes Mayerhofer pocht um zu verhindern, daß er konkrete Namen aus der 'Hitliste der 1 80 Unternehmerangehörigen, die Stempelgeld beziehen" veröffentlicht und andererseits beteuert, es handle sich nur um einige Schwarze Schafe.

Ein freiheitlicher Wirtschaftskämmerer forderte gar den "Rücktritt", Mayerhofers und verlangte eine öffentliche Entschuldigung dafür, daß er nichts anderes getan hatte als Fakten offenzulegen.

Und ganz in der Tradition der Ideologie der "Betriebsgemeinschaft", wies dieser FPÖ Wirtschaftsvertreter darauf hin, daß der ÖGB nur deshalb solche 'linken Aussagen" tätigen würde, weil die FPÖ eine eigene Gewerkschaft vorbereiten (wohl unter kräftiger - finanzieller - Hilfe der Arbeitgeber).

In diesem Zusammenhang wurden auch diverse gesetzliche Bestimmungen diskutiert, deren Änderung dazu beitragen könnte, das soziale Netz wieder stärker auf jene auszurichten, welche der Hilfe des Staates tatsächlich bedürfen. Dazu zählten Maßnahmen

gegen das routinemäßige Krankschreiben im Anschluß an die Saisonarbeit, gegen die Umgehung der Anschlußfrist bei Familienangehörigen durch die Angabe eines konsumierten Urlaubes auf der Arbeitsbescheinigung, gegen die kurzzeitigen SV - Anmeldungen von Familienangehörigen zum Bezug eines hohen Wochenhilfegeldes usw. Die ÖGB Bezirkskonferenz Kitzbühel hat in einer Resolution vom Sozialminister eine Gesetzesinitiative "zur Beendigung der Mißbrauchsmöglichkeiten beim ungerechtfertigten Bezug der Arbeitslosengeldunterstützung für Partner von Unternehmern, welche in familieneigenen Betrieben beschäftigt sind, vorgeschlagen und deren Herausnahme aus der Arbeitslosenversicherung verlangt.

Eine Beendigung solcher Mißstände würde Mittel dafür freimachen, echte Saisonarbeitnehmer und langjährige Mitarbeiter besser als bisher stellen zu können, Es würde außerdem den Weg freimachen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und es würde nicht zuletzt einem Teil der Mißbrauchsdebatte und damit wohl auch einem Stimmenfänger den Boden für die Argumentation entziehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesministerin für Gesundheit, Arbeit und Soziales die folgende Anfrage .

1. Wie hoch war der Betrag, der im Jahr 1996 für Arbeitslosengeldbezieher im Bezirk Kitzbühel aufgewendet wurde ?
2. Welchen Anteil davon betrug die Aufwendungen für Beschäftigte aus dem Tourismusbereich ?
3. Wie hoch war davon die Aufwendung für Familienangehörige von Arbeitgebern ? Falls eine Auswertung dazu nicht besteht, halten Sie die Feststellung der AMS Regionalstelle, daß es sich um rund ein Viertel der Gesamtaufwendungen handle, für richtig ?
4. In wievielen Fällen wurde 1996 vom AMS Kitzbühel Sanktionen wegen eines Mißbrauchs von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung ergriffen. welche Sanktionen waren dies, wieviele Fälle davon betrafen den Tourismus und wieviele davon Familienangehörige des Arbeitgebers ?
5. Welche fachlichen Überlegungen oder Entwürfe gibt es in Ihrem Ressort, die in der Einleitung der Anfrage aufgezeigten Probleme in den Griff zu bekommen und woran scheiterte bisher die Umsetzung ?